

Besondere Vertragsbedingungen für Bauleistungen (BVB)

Für Beauftragungen der Investitionsbank Berlin -IBB - (nachfolgend Auftraggeber) zur Ausführung von Bauleistungen gelten die folgenden BVB des Auftraggebers. Die BVB sind ein Bestandteil des Bauvertrages und ihre Nummerierung richtet sich in den Hauptnummern sinngemäß nach VOB/B in der jeweils aktuellen Fassung.

Nr. 1 - Art und Umfang der Leistung

Es gilt VOB/B § 1 mit folgender Maßgabe:

- (1) Abweichend von § 1 Abs. 2 VOB/B gelten im Falle von Unklarheiten oder Widersprüchen im Vertrag bzw. zwischen einzelnen Vertragsdokumenten als Grundlagen des Vertrages nacheinander in der aufgeführten Reihenfolge
 - a. die schriftliche Vertragsausfertigung bzw. das Angebot mit der schriftlichen Auftragsbestätigung, ggf. mit den Eintragungen des Auftraggebers bzw. alle anderen dem Auftragsnehmer durch den Auftraggeber übergebene Angebotsunterlagen,
 - b. die Leistungsbeschreibung
 - c. die Besonderen Vertragsbedingungen des Auftraggebers (BVB),
 - d. etwaige Zusätzliche Vertragsbedingungen des Auftraggebers,
 - e. die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen (ZTV) des Auftraggebers,
 - f. die allgemeinen Einkaufsbedingungen des Auftraggebers,
 - g. die VOB Teil B und C in der zum Vertragsabschluss geltenden Fassung,
 - h. das Werkvertragsrecht, insbesondere die Regelungen zum Bauvertrag des BGB, sofern im Vorstehenden nichts Anderes geregelt wurde.
- (2) Soweit in vorstehender Nr. 1 (1) Grundlagen genannt sind, für die im Zuge der Ausschreibung keine Dokumente herausgegeben wurden, gilt die Rangfolge ohne das betreffende – nicht herausgegebene – Dokument.

Nr. 2 - Vergütung

Es gilt VOB/B § 2 mit folgender Maßgabe:

- (1) Angebote zu neben den im Bauvertrag vereinbarten Leistungen nach Vertragsabschluss noch neu bzw. zusätzlich zu erbringenden oder die vereinbarten Leistungen erweiternden Leistungen müssen schriftlich eingereicht werden. Der Auftragnehmer hat auf erkennbare Überschreitungen von Mengen oder Mengenansätzen vor der Ausführung schriftlich unter Benennung der neuen Mengenangabe der jeweiligen Positionen hinzuweisen und einen Nachauftrag zu fordern.
- (2) Sämtliche Aufträge, auch Änderungs- und Nachaufträge, sowie Auftragserweiterungen werden durch den Auftraggeber vor Ausführungsbeginn schriftlich erteilt. Der Umfang und die Vergütung der Auftragserweiterung werden vor Ausführungsbeginn festgelegt. Beauftragte Angebote werden Bestandteile des Bauvertrages.

Sofern nicht abweichend vereinbart, gelten alle Bedingungen des Vertrages auch für Nach- und Änderungsaufträge sowie für Auftragserweiterungen.
- (3) Nebenabreden und Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.
- (4) Die vereinbarten Preise bleiben für die vereinbarten Fertigstellungsfristen unverändert ohne Rücksicht auf Lohnerhöhungen, Materialpreisssteigerungen oder durch den Auftragnehmer zu vertretende Preissteigerungen. § 2 Abs. 3 - 7 VOB/B bleiben hiervon unberührt gültig.
- (5) Die Angebots- und Vertragspreise gelten für die fertiggestellte vertragsgemäße Leistung bzw. die Lieferung frei Baustelle einschl. Abladen und Verpackung sowie deren Mitnahme / fachgerechte Entsorgung.

Nr. 3 - Ausführungsunterlagen

Es gilt VOB/B § 3 mit folgender Maßgabe:

- (1) In Ergänzung von § 3 Abs. 5 VOB/B sind auch Revisionspläne sowie schriftliche Bedienungsanleitungen für technische Anlagen wie Installationen usw. vom Auftragnehmer vor der Abnahme unentgeltlich in ausreichender Anzahl zu liefern. Der Auftraggeber ist berechtigt, hierfür neben dem Original mindestens eine Kopie und eine elektronische Version zu verlangen.

Gleiches gilt für Konstruktions- und Einbaupläne.

- (2) Die übrigen Regelungen des § 3 Abs. 6 VOB/B gelten auch für die in Nr. 3 Abs. 1 BVB genannten Unterlagen.

Nr. 4 - Ausführung

Es gilt VOB/B § 4 mit folgender Maßgabe:

- (1) Zur Schaden- und Unfallverhütung hat der Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung alle Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, um Personen- und Sachschaden abzuwenden.
- (2) Der Auftragnehmer hat die von ihm ausgeführten Leistungen und die ihm vom Auftraggeber für die Ausführung übergebenen Gegenstände bis zur Abnahme vor Diebstahl und Beschädigung, insbesondere Elementarschäden, Grundwasser- und Winterschäden sowie vor Korrosion und Verschmutzung zu schützen. Ebenso hat er für Schnee und Eis zu entfernen, sofern und soweit für die Ausführung seiner vertraglichen Leistung erforderlich. Die Erfüllung der vorstehenden Verpflichtungen durch den Auftragnehmer wird nicht gesondert vergütet, sondern ist mit der vertraglich vereinbarten Vergütung abgegolten.
- (3) Bauschilder und Werbeschilder des Auftragnehmers sind auf der Baustelle nicht zulässig.

Nr. 5 - Ausführungsfristen

Es gilt VOB/B § 5 mit folgender Maßgabe:

Sämtliche Nachweisberichte, auch für Tage, an denen nicht gearbeitet werden konnte, sind der Bauleitung des Auftraggebers umgehend zur Unterschrift vorzulegen.

Nr. 6 - Behinderung und Unterbrechung der Ausführung

Es gilt VOB/B § 6.

Nr. 7 - Verteilung der Gefahr

Es gilt VOB/B § 7.

Nr. 8 - Kündigung durch den Auftraggeber

Es gilt VOB/B § 8 mit folgender Maßgabe:

- (1) Der Auftraggeber ist außerdem berechtigt, den Vertrag zu kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf der Seite des Auftraggebers mit der Vorbereitung, der Durchführung oder dem Abschluss des Vertrages befasst sind, Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt.
- (2) Zur Bemessung der Höhe des Vergütungsanspruches sind die Vertragsparteien verpflichtet, einander Auskünfte zu erteilen und diese zu belegen.

Nr. 9 - Kündigung durch den Auftragnehmer

Es gilt VOB/B § 9.

Nr. 10 - Haftung der Vertragsparteien

Es gilt VOB/B § 10.

Nr. 11 - Vertragsstrafe

Es gilt VOB/B § 11 mit folgender Maßgabe:

Die Zwischen- und Endfertigstellungstermine werden zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber separat schriftlich festgelegt und werden Vertragsbestandteil.

Überschreitet der Auftragnehmer vereinbarte Zwischentermine schuldhaft, hat er je Werktag, um den der Termin überschritten wird, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2% des bei Ablauf des jeweiligen Zwischentermins anteiligen Auftragswerts bzw. des Teils der Netto-Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertragsgemäß zu erbringenden Leistungen entspricht, maximal jedoch 5 % hieraus zu zahlen.

Tage, die bei der Überschreitung von Zwischenterminen oder dem Anfangstermin in Ansatz gebracht worden sind, werden bei der Überschreitung von weiteren Zwischenterminen beziehungsweise dem Endfertigstellungstermin bei Berechnung der Vertragsstrafe nicht nochmals berücksichtigt.

Bei schuldhafter Überschreitung des Gesamtfertigstellungstermins hat der Auftragnehmer für jeden Werktag, um den der Termin überschritten wird, an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe von 0,2 % der Abrechnungssumme (netto), maximal jedoch 5% zu zahlen.

Verlängern sich die Ausführungsfristen nach § 6 Abs. 2 VOB/B, so gilt das Vertragsstrafenversprechen entsprechend für die neuen Fristen. Bereits verwirkte Vertragsstrafen entfallen jedoch nicht durch die Vereinbarung neuer Termine bzw. Fristen.

Insgesamt wird der Gesamtbetrag aller einzelnen verwirkten Vertragsstrafen auf 5% der Abrechnungssumme (netto) begrenzt.

Der gemäß § 341 BGB bei Abnahme auszusprechende Vorbehalt der Geltendmachung der Vertragsstrafe kann vom Auftraggeber noch innerhalb der Prüffrist für die Schlussrechnung schriftlich erklärt werden.

Auf Schadensersatzansprüche des Auftraggebers wegen Verzuges des Auftragnehmers werden verwirkte Vertragsstrafen angerechnet. Einen über diese Vertragsstrafe hinausgehenden Schaden kann der Auftraggeber neben der Vertragsstrafe geltend machen.

Nr. 12 - Abnahme

Es gilt VOB/B § 12 mit folgender Maßgabe:

"Ingenieurtechnische Abnahmen" wie z.B. Funktionsabnahmen durch Fachingenieure oder Behörden gelten nicht als Abnahme im Sinne dieser Bedingungen.

Nr. 13 - Mängelansprüche

Es gilt VOB/B § 13, soweit im Vertrag nicht ausdrücklich für die Verjährung der Mängelansprüche etwas anderes vereinbart wurde.

Nr. 14 - Abrechnung

Es gilt VOB/B § 14.

Nr. 15 - Stundenlohnarbeiten

Es gilt VOB/B § 15 mit folgender Maßgabe:

- (1) Soweit Stundenlohnarbeiten nicht vertraglich vereinbart sind, erfordern sie eine (schriftliche) Beauftragung des Auftraggebers.
- (2) Die nachweisliche Prüfung bleibt vorbehalten, ob die als Stundenlohnarbeit ausgewiesene Leistung in vertraglichen Angebotspositionen enthalten und damit bereits abgegolten ist.
- (3) Zuschläge werden nur für ausdrücklich vom Auftraggeber verlangte und nicht durch (drohende) Fristüberschreitungen des Auftragnehmers erforderlich gewordene Überstunden bezahlt.

Nr. 16 - Zahlung

Es gilt VOB/B § 16 mit folgender Maßgabe:

Abschlagsrechnungen können nach vorheriger Abstimmung und Vorlage einer prüfbaren Aufstellung bei der Bauleitung des Auftraggebers gestellt werden.

Die Grundlage der Abschlagsrechnung ist die geprüfte Aufstellung.

Abschlagszahlungen erfolgen auf der Grundlage der nachgewiesenen vertragsgemäßen Leistung.

Nr. 17 - Sicherheitsleistung

Es gilt VOB/B § 17 mit folgender Maßgabe:

Wählt der Auftragnehmer Sicherheit durch Übergabe einer Bankbürgschaft, so regelt sich deren Rückgabefrist nach der Dauer der bauvertraglichen Verjährungsfrist für Mängelansprüche.

Nr. 18 - Streitigkeiten

Es gilt VOB/B § 18 mit folgender Maßgabe:

- (1) Vor Inanspruchnahme des Rechtsweges soll zwischen den Parteien die gütliche Beilegung einer Streitigkeit angestrebt werden. Diese gütliche Beilegung soll innerhalb von zwei Monaten erfolgen, nachdem einer Vertragspartei der betreffende Streitpunkt von der jeweils anderen Vertragspartei zur Kenntnis gegeben wurde. Die Frist kann einvernehmlich verlängert werden. Kommt eine Beilegung innerhalb der genannten oder einer vereinbarten Frist nicht zustande, steht es jeder Vertragspartei frei, den Rechtsweg zu beschreiten. Bei Gefahr im Verzug kann der Rechtsweg auch sofort beschritten werden.
- (2) Bei einvernehmlicher Einschaltung von Sachverständigen werden die dafür entstehenden Kosten von beiden Vertragsparteien je zur Hälfte getragen, wenn keine anderweitige Einigung vor Beauftragung des Gutachters getroffen wird.

Nr. 19 Datenschutz

- (1) Nachstehende Regelungen finden Anwendung auf das Auftrags-/Vertragsverhältnis. Die Regelungen finden auch Anwendung auf ein gegebenenfalls vorgeschaltetes Ausschreibungsverfahren. Im Rahmen dessen umfasst die nachstehend verwendete Bezeichnung "Auftragnehmer" auch alle Bieter.

Sofern ein Vertrag zur Auftragsverarbeitung gem. Art. 28 Abs. 3 DSGVO oder eine Vereinbarung zur gemeinsamen Verantwortung gem. Art. 26 Abs. 1 DSGVO abgeschlossen wird, haben die Regelungen dieses Vertrages bzw. dieser Vereinbarung Vorrang vor den nachstehenden Regelungen zu datenschutzrechtlichen Belangen.

- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, hinsichtlich aller im Zuge seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bestimmungsgemäß oder zufällig bekannt gewordenen Informationen oder personenbezogenen Daten strengstes Stillschweigen zu wahren. Hierbei ist es unerheblich, wie konkret diese Informationen sind.

Vertrauliche Unterlagen, Daten oder Informationen in diesem Sinne sind alle betriebswirtschaftlichen, technischen, finanziellen oder sonstigen Informationen über die IBB, ihre Mitarbeitenden und Geschäftspartner.

Nicht vertraulich sind solche Informationen, die bereits allgemein bekannt sind oder ohne Verletzung der vorstehenden Punkte allgemein bekannt werden oder durch Dritte ohne Verletzung einer Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt gemacht werden.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen oder personenbezogenen Daten vor unberechtigten Zugriffen und vor Verlust zu schützen. Die hierzu verwendete IT-Sicherheitstechnik muss dem Stand der Technik entsprechen. Auf Anforderung des Auftraggebers, spätestens jedoch nach Abschluss der Arbeiten sind die Daten/Unterlagen vollständig an den Auftraggeber zu übertragen/übergeben. Der Auftragnehmer löscht unwiederbringlich alle in seinem Besitz befindlichen Daten und bestätigt die erfolgreiche Löschung schriftlich dem Auftraggeber. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben davon unberührt.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, insbesondere die Bestimmungen der DSGVO, des Berliner Datenschutzgesetzes und soweit anwendbar des Bundesdatenschutzgesetzes zu beachten. Es ist ihm untersagt, personenbezogene Daten zu einem anderen als dem Vertragszweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Dies umfasst auch das Erstellen von Kopien für eigene Zwecke oder die dauerhafte Speicherung von Unterlagen, Daten und Informationen. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass Verstöße gegen den Datenschutz strafbar sind.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Verarbeitung aller Daten für die jeweiligen Risiken angemessene Maßnahmen zu treffen, die Vertraulichkeit, Integrität, Authentizität und Verfügbarkeit der Systeme und Dienste auf Dauer sicherstellen.
- (6) Insbesondere sind bei automatisierter Verarbeitung personenbezogener Daten technisch-organisatorische Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten. Diese Maßnahmen schließen gegebenenfalls unter anderem Folgendes ein:
1. die Pseudonymisierung und Verschlüsselung personenbezogener Daten;
 2. die Fähigkeit, die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme und Dienste im Zusammenhang mit der Verarbeitung auf Dauer sicherzustellen;
 3. die Fähigkeit, die Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten und den Zugang zu ihnen bei einem physischen oder technischen Zwischenfall rasch wiederherzustellen;
 4. ein Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung.
- (7) Die in den vorstehenden Absätzen beschriebenen Pflichten des Auftragnehmers gelten nach Beendigung der Tätigkeit unbefristet fort. Sollte der Auftragnehmer beabsichtigen, zur Erfüllung dieses Vertrages Unteraufträge zu erteilen, hat er dies vorab dem Auftraggeber unter Nennung des Gegenstandes und des Beauftragten mitzuteilen. Der Auftraggeber kann der Erteilung von Unteraufträgen widersprechen. Bei Genehmigung ist der Auftragnehmer verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die in den vorstehenden Absätzen genannten Pflichten auch von den Beauftragten eingehalten werden.
- (8) Der Auftragnehmer wird die Mitarbeiter, die zur Erfüllung dieser Vereinbarung eingesetzt werden sollen, verpflichten, die vorgenannten Regelungen zu beachten.
- (9) Der Auftragnehmer hat das Bankgeheimnis zu wahren, soweit der Auftraggeber dem Bankgeheimnis unterworfen ist. Das Bankgeheimnis erstreckt sich auf alle personenbezogenen Daten und anderen Informationen, die dem Auftraggeber über seine Kunden, Interessenten oder über Dritte aus der Geschäftsbeziehung zu diesen bekannt

werden. Unter das Bankgeheimnis fällt auch die Angabe, ob der Auftraggeber überhaupt eine Geschäftsbeziehung zu einem Kunden unterhält.

- (10) Für den Fall, dass der Bieter beabsichtigt, zusammen mit verbundenen Unternehmen i.S.v.
- (11) § 15 AktG ein Angebot abzugeben, wird der Bieter die von der IBB erhaltenen Vergabeunterlagen erst dann an diese Unternehmen weitergeben, wenn auch diese eine entsprechende Erklärung unterzeichnet und der IBB zurückgesendet haben und die IBB den Eingang in geeigneter Form (z.B. per E-Mail) bestätigt hat. Die IBB wird den Eingang einer entsprechenden Erklärung unverzüglich bestätigen.

Nr. 20 - Sonstige rechtliche Regelungen

- (1) Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Bietern oder Auftragnehmern bedarf der Zustimmung des Auftraggebers.

Alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haften auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft gesamtschuldnerisch.

- (2) Die Vergabe von beauftragten Leistungen an Nachunternehmer bedarf der Zustimmung des Auftraggebers.
- (3) Erfüllungsort für die Verpflichtungen des Auftragnehmers aus dem Bauvertrag ist der Ort der Baustelle, Gerichtsstand ist der Geschäftssitz des Auftraggebers.
- (4) Die Rechtsunwirksamkeit von Vertragsteilen berührt den Bauvertrag im Übrigen nicht.